



Ausgabe Oktober 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

uns alle bewegt derzeit die Flüchtlingsfrage wie kaum ein anderes Thema. Die aktuelle Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bayerischen Staatsregierung wird daher auch den Schwerpunkt dieses Newsletters bilden.

Der Ministerrat hat am 09. Oktober ein nachhaltiges Sonderprogramm zur Bewältigung der Flüchtlingskrise unter dem Motto **"Zusammenhalt fördern, Integration stärken"** und ein Maßnahmenpaket zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung beschlossen. Ministerpräsident Horst Seehofer erklärte dabei, die Bewältigung des Flüchtlingszustroms sei die größte Herausforderung für uns seit der deutschen Wiedervereinigung. Dabei ist klar: Die Grenzen der dauerhaften Aufnahmefähigkeit sind erreicht. Staat, Kommunen, Hilfsorganisationen und Helferkreise arbeiten seit Wochen an der Belastungsgrenze. Wir brauchen effektive Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, besonders durch die Europäische Union. Es ist unsere Verantwortung gegenüber unserer einheimischen Bevölkerung, eine Überforderung von Staat und Solidargemeinschaft zu verhindern. Nur so erhalten wir auch die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Deshalb brauchen wir einerseits schnellwirksame Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, gerade auch durch entschlossene Unterstützung und Hilfeleistung der Europäischen Union und der UN-Organisationen vor Ort. Zugleich gilt es verantwortliche Sorge zu tragen, dass eine große Zahl von Flüchtlingen, die längere Zeit oder dauerhaft in unserem Land bleiben werden, lebendig integriert werden können. Das beschlossene Sonderprogramm **'Zusammenhalt fördern, Integration stärken'** ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland. In den weiteren Artikeln dieses Newsletters möchte ich Sie detailliert über die Vorhaben und Maßnahmen informieren, die der Freistaat ergreifen wird, um aktuelle Lage zu entspannen, die überwältigende Solidarität der heimischen Bevölkerung zu erhalten und die Integration der Betroffenen nachhaltig sicherzustellen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads 'Johannes Hintersberger'.

Johannes Hintersberger, MdL
Staatssekretär

"Zusammenhalt fördern, Integration stärken" - Sonderprogramm zur Bewältigung der Flüchtlingskrise



Zu den beschlossenen Maßnahmen im Einzelnen:

Sonderprogramm zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“ Integration muss und wird uns auch bei der größten gesellschaftspolitischen Herausforderung seit dem Fall der Mauer gelingen. Integration stärken heißt doppelte Verantwortung wahrnehmen: Für die einheimische Bevölkerung und für die Schutzsuchenden! Unser Auftrag lautet dabei: Bayern soll auch in Zukunft das Land des Zusammenhalts, der gelingenden Integration und damit gemeinsamer Heimat bleiben.

Die Staatsregierung wird ein Bayerisches Integrationsgesetz auf den

Weg bringen. Dort werden Rahmen und Ziele der bayerischen Integrationspolitik verankert. Dazu gehört ein Kanon der Grundregeln und gemeinsamen Werte unseres Zusammenlebens sowie eine Verpflichtung zur Einhaltung unserer Rechtsordnung. Ein Kernbestand gelingender Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache.

Das Sonderprogramm „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“ hat der vom Ministerrat am 15.9.2015 eingesetzte Kabinettsausschuss erarbeitet. Seitdem hat Ministerpräsident Seehofer zahlreiche Gespräche mit den Kommunen, der bayerischen Wirtschaft, den zuständigen Ressortministern, mit Verbänden, Kirchen, Bildungsinstitutionen und Hilfsorganisationen geführt. Die dabei erörterten Vorschläge und Impulse fließen in das mehrjährige Sonderprogramm ein, das am Nachtragshaushalt 2016 ansetzt. Das Sonderprogramm hat für 2016 ein Volumen von über 489 Millionen Euro und umfasst rund 3.772 Stellen.

Die Staatsregierung wird darauf achten, dass die Umsetzung des Programms unbürokratisch und unter Beachtung aller Flexibilisierungsspielräume erfolgt.

Das mehrjährige Sonderprogramm betrifft folgende 7 Schwerpunktbereiche:

1. Rechtsstaat, Verwaltung und Sicherheit

Bei uns in Bayern muss sich jeder sicher fühlen. Für ein friedliches Miteinander müssen und werden wir die Einhaltung unserer Rechtsordnung sicherstellen.

Wir stärken deswegen Einsatzkräfte und Behörden, Gerichtsbarkeit, Staatsregierung und nachgeordnete Behörden,
Zusätzliche Stellen: 2.693 (zzgl. Lehrerstellen)
Kosten: 146,26 Mio. Euro

2. Wohnen

Wohnen ist soziales Grundrecht und entscheidend für den sozialen Frieden. Wichtig ist, dass wir bei unseren Maßnahmen eine Konkurrenzsituation der Schutzsuchenden mit der einheimischen Bevölkerung vermeiden.

Wir legen deshalb ein staatliches Wohnungsprogramm auf (u.a. auch Leichtbau und „Baracken“), fördern den kommunalen Wohnungsbau, forcieren die Wohnungsbauförderung, setzen Wohnungsbauprojekte des StMFLH um, und schaffen eine Online-Wohnraum-Vermittlungsbörse.

Damit schaffen wir neuen Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge genauso wie für Sozialwohnungsberechtigte. Allein im Rahmen des Wohnungspaktes Bayern sollen bis 2019 jedes Jahr 6.000 bis 7.000, also 28.000 neue staatliche bzw. staatlich geförderte Mietwohnungen entstehen.

Kosten: 240,2 Mio. Euro

Vom Bund fordern wir vor diesem Hintergrund dringend die Wiedereinführung einer flächendeckenden degressiven Abschreibung für Wohnungsbauten als Anreiz für private Investoren; Verfahrensvereinfachungen im Baugesetzbuch und anderen Bundesgesetzen- bzw. normen.

3. Sprache

Sprache ist der erste Schlüssel zum Erfolg. Wir stärken deshalb die Sprachförderung für Kinder, Schüler und Erwachsene mit gezielten, auch niedrigschwelligen Angeboten von z.B. Volkshochschulen.

Dazu zählen zum Beispiel auch internetbasierte Lernangebote.

Kosten: 23,3 Mio. Euro

4. Bildung

Bildung ist eine Investition in die Menschen und ihre Zukunft. Jeder Euro für die Bildung ist Prävention vor Perspektivlosigkeit, vor Parallelgesellschaften und dauerhafter Belastung der Sozialsysteme. Deswegen fangen wir bei den Jüngsten an und stärken die Kindertageseinrichtungen, beschleunigen den Ausbau der Jugendsozialarbeit ertüchtigen die Schulen für die zahlreichen Flüchtlingskinder U.a. bauen wir die Übergangsklassen an Grund-

und Mittelschulen, die Berufsvorbereitung an den Berufsschulen weiter aus genauso wie den erfolgreichen Modellversuch „Islamischer Unterricht“ unter staatlicher Kontrolle. Dazu werden 1.700 neue Lehrer eingestellt.
Kosten: insgesamt 49,6 Mio. Euro

5. Arbeit

Gelungene Integration bedeutet gerade auch, auf eigenen Füßen zu stehen. Deswegen sollen alle Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter und mit guter Bleibeperspektive ihren Lebensunterhalt so schnell wie möglich selber finanzieren können. Wir schließen deswegen mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, den Kammern und der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit eine „Vereinbarung für Integration durch Arbeit und Ausbildung“. Unsere Unternehmen engagieren sich in großartiger Weise für diese Aufgabe.

In einem ersten Schritt sollen bis Ende 2016 20.000 Flüchtlingen ein Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz angeboten werden. Danach: jährliche Fortschreibung. Gesamtziel bis Ende 2019: 60.000 erfolgreiche Arbeitsmarktintegrationen.

Teil der Vereinbarung sind gezielte Maßnahmen zur Integration in Ausbildung und Arbeit, wie

Mehrere sog. IdA-Projekte (= Integration durch Arbeit) zur raschen Herstellung der Ausbildungsreife z.B. Information über unser Ausbildungssystem durch mehr Ausbildungsakquisiteure, Erweiterung der Ausbildungsinitiative „Fit for Work“ auf jugendliche Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive, Ausweitung der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit, Ausbau der Beratungsstellen zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, Etablierung von Jobbegleitern im Rahmen der Initiative „Fit für die Zukunft“.
Kosten: rd. 15,3 Mio. Euro

6. Gesundheit

Wir stellen die medizinische Grundversorgung der Flüchtlinge sicher. Dabei binden wir sie auch selbst verstärkt mit ein. Deshalb weiten wir u.a. das Projekt „Mit Migranten für Migranten“ aus.
Kosten: 0,88 Mio. Euro

7. Wertebildung und Leitkultur

Die Menschen in Bayern sind solidarisch, weil sie auf der Grundlage gemeinsamer Werte zusammen leben. Voraussetzung dafür ist, dass alle Schutzsuchenden unser christlich-jüdisch geprägtes Wertefundament auf dem Boden unserer Verfassung anerkennen. Die Vermittlung dieser Werteordnung gibt der Integration Richtung und Ziel.

Wir werden deshalb unsere Werte durch eine verstärkte Information über die Grundprinzipien der Rechtsordnung und des Zusammenlebens in Bayern vermitteln. Beispielsweise werden wir eine Neuauflage der Broschüre „So funktioniert die deutsche Rechtsordnung“ erstellen, die Kursreihe „Leben in Bayern“ durch Träger der Erwachsenenbildung (z.B. vhs) und Familienbildungsstätten auflegen, das Aktionsprogramm „Flüchtlinge werden Freunde“ des Bayerischen Jugendrings verstärkt unterstützen, oder die „Stiftung Wertebündnis Bayern“ gezielt fördern,
Kosten: 4,5 Mio. €

Entscheidend für eine gelungene Integration auf der Basis unseres Wertefundaments ist der Kontakt vor Ort. Wir stärken deshalb vorhandene Strukturen und helfen beim Aufbau neuer Strukturen. Ein Beispiel sind die ehrenamtlichen Integrationslotsen, die künftig Migranten helfen sollen, sich im Alltag zurechtzufinden und dabei unsere Werte vermitteln.

Mit einem Info-Paket werden wir zudem kleinere Gemeinden bei der Beantwortung wesentlicher Fragen helfen, wenn bei ihnen eine Erstaufnahmeeinrichtung oder eine Gemeinschaftsunterkunft errichtet wird.
Kosten: 6,32 Mio. Euro

Wir müssen zudem den Menschen vor Ort eine Perspektive geben. Deswegen werden wir zusätzlich zu den deutschen und europäischen Hilfen auch die Lebensverhältnisse von Flüchtlingen u.a. in der Türkei verbessern. Dazu unser Programm BAYERN GLOBAL - Hilfen vor Ort. Kosten: 2 Mio. Euro

Maßnahmenpaket zur Begrenzung der Zuwanderung



1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein schnelles, klares und international beachtetes Signal zu setzen, dass Deutschland die Grenzen der Belastbarkeit erreicht hat.
2. Die Begrenzung der Zuwanderung erfordert vorrangig den effektiven Schutz der EU-Außengrenzen. Daher werden Bund und EU aufgefordert,
 - die EU-Außengrenzen nachhaltig zu schützen
 - Asylbewerber unmittelbar nach Einreise in die EU zu registrieren und ein zügiges Asylverfahren durchzuführen
 - die von der EU beschlossenen „Hotspots“ in Griechenland und Italien spätestens bis Ende November 2015 in Betrieb zu nehmen.
3. Die Staatsregierung hält eine bessere Sicherung der Binnengrenzen für unerlässlich, um den unkontrollierten Zustrom von Flüchtlingen zu begrenzen. Hierfür sind folgende Maßnahmen erforderlich:
 - Die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen ist weiterhin unabdingbar, um ein geordnetes Verfahren bei der Einreise und Aufnahme von Schutzsuchenden zu ermöglichen. Die Bundesregierung muss daher unverzüglich die europarechtlichen Voraussetzungen für den weiteren Fortbestand der Kontrollen schaffen.
 - Bund und EU müssen dafür Sorge tragen, dass das Dublin-Verfahren von allen Mitgliedstaaten wieder konsequent eingehalten wird. Dazu gehört die Einhaltung der EU-Aufnahme- und Verfahrensstandards in allen Mitgliedstaaten, so dass in jeden Mitgliedstaat zurück überstellt werden kann. Das BAMF muss Dublin-Verfahren – auch bei Syrern – vorrangig bearbeiten. Asylbewerber sind konsequent in den für die Durchführung des Verfahrens zuständigen Mitgliedstaat zurück zu überstellen.
 - Als Notmaßnahme müssen Zurückweisungen von Flüchtlingen unmittelbar an der Grenze erfolgen. Falls der Bund auch hier nicht tätig werden sollte, behält sich der Freistaat Bayern vor, anlassbezogen eigene Maßnahmen zu ergreifen.
 - Der Familiennachzug für Bürgerkriegsflüchtlinge muss begrenzt werden.
 - Der Bund muss umgehend die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung des Landgrenzverfahrens schaffen, um beschleunigte Asylverfahren in Transitzone durchzuführen zu können und die Einreise vorläufig zu verweigern.
4. Sollte der Bund nicht bald wirksame Maßnahmen ergreifen, um den weiteren Zuzug von Asylbewerbern zu begrenzen und dadurch die eigenstaatliche Handlungsfähigkeit der Länder gefährden, behält sich Bayern vor, den Klageweg zum Bundesverfassungsgericht zu beschreiten.
5. Bund und EU werden aufgefordert, die Grundlagen dafür zu schaffen, schutzbedürftige Bürgerkriegsflüchtlinge im Rahmen von Kontingenten aufzunehmen und nach einem solidarischen Verteilmechanismus mit festen Quoten innerhalb der EU zu verteilen.
6. Die Verteilung von Flüchtlingen auf andere Länder nach dem Königsteiner Schlüssel muss konsequent umgesetzt werden. Als ultima ratio und deutliches Signal auch an die Bundesregierung schließt Bayern die unmittelbare Weiterleitung aller neu eintreffenden Asylbewerber in die anderen Bundesländer nicht aus.
7. Abschiebungen und freiwillige Ausreisen müssen konsequent durchgeführt werden.

Foto: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker besucht gemeinsam mit Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger die Erstregistrierungsstelle in Passau.

„Integration durch Ausbildung und Arbeit“



In der Staatskanzlei wurde jetzt die Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ von Ministerpräsident Horst Seehofer, den Spitzenorganisationen der bayerischen Wirtschaft und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit unterzeichnet. „Diese Vereinbarung ist ein Kernstück des bayerischen Sonderprogramms ‘Zusammenhalt fördern, Integration stärken’, das der Ministerrat am 9. Oktober 2015 beschlossen hat“, so der Ministerpräsident. „Arbeit ist die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens und Motor für Integration. Unser erklärtes Ziel ist es, bis Ende 2019 rund 60.000 dauerhaft Bleiberechtigte am Arbeitsmarkt zu integrieren. Gemeinsam mit der Wirtschaft in Bayern und der Arbeitsagentur übernehmen wir hier die Vorreiterrolle in Deutschland.“

[Weiterlesen.](#)

„Zentrale Inobhutnahmeeinrichtungen leisten unverzichtbaren Beitrag für gelingende Integration der unbegleiteten Minderjährigen“



Anlässlich des Besuchs der zentralen Inobhutnahmeeinrichtung für unbegleitete Minderjährige des Evangelischen Kinder- und Jugendhilfezentrums in Augsburg würdigte Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger das Engagement dieser Einrichtungen: „Die nach langer und beschwerlicher Flucht allein zu uns kommenden Kinder und Jugendlichen haben einen großen und breitschichtigen Unterstützungsbedarf. Diese immense Herausforderung meistern die bayerischen Inobhutnahmeeinrichtungen mit hoher fachlicher Kompetenz und der notwendigen Erfahrung. Das zeigt das Beispiel Augsburg eindrucksvoll.“

Die Inobhutnahmeeinrichtungen in Bayern tragen wesentlich dazu bei, die unbegleiteten Minderjährigen pädagogisch und psychologisch zu betreuen und sie beim Erlernen der deutschen Sprache und der gesellschaftlichen Integration von Beginn an zu unterstützen. „Auf diese Weise können sich die Kinder und Jugendlichen schnell in der fremden Umgebung zurechtfinden und eine neue Lebensperspektive aufbauen“, so Hintersberger weiter.

[Weiterlesen.](#)

"Angesichts immer weiter steigender Zugangszahlen müssen die Verfahren für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive dringend beschleunigt werden"



Bayerns Sozialministerin Emilia Müller hat am 16. September 2015 in Bamberg die zweite Aufnahme- und Rückführungseinrichtung für Asylbewerber aus den Balkanländern in Betrieb genommen: "Die zügige Bearbeitung der Asylanträge ist auch im Interesse aller Asylbewerber. In der Aufnahme- und Rückführungseinrichtung in Bamberg sind daher alle Beteiligten unter einem Dach versammelt. Verwaltung, Ausländerbehörde, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie das Verwaltungsgericht arbeiten Hand in Hand."

Nach nur einem Monat der Planung und Vorbereitung geht die Aufnahmeeinrichtung heute an den Start. Müller dankte allen Beteiligten, insbesondere den kommunalpolitisch Verantwortlichen, für ihre Unterstützung. In Bamberg werden künftig 1.500 Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive untergebracht. Ziel der Einrichtung ist der Abschluss der in der Regel aussichtslosen Asylverfahren und die anschließende Rückführung in die jeweiligen Heimatländer direkt aus der Einrichtung innerhalb weniger Wochen. In der Einrichtung gilt außerdem konsequent der Vorrang des Sachleistungsprinzips.

Die Ministerin zog zudem eine positive Zwischenbilanz der ersten Aufnahme- und Rückführungseinrichtung in Manching/Ingolstadt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe bereits über die ersten Asylverfahren entschieden. Die ersten Rückführungen seien erfolgt. "Manching ist erfolgreich angelaufen. Seit der ersten Rückführung letzte Woche erleben wir zudem eine erhöhte Nachfrage nach Rückkehrberatung für eine freiwillige Ausreise.", so Müller abschließend.

Foto: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker besucht gemeinsam mit Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger die Erstregistrierungsstelle in Passau.

Augsburger besuchen das Maximilaneum



Meine letzte Besuchergruppe besichtigte vor kurzem den Bayerischen Landtag. Besonders hat mich gefreut, dass eine Schülergruppe des Bayernkolleg Augsburg und Mitglieder des TG Viktoria Augsburg interessiert mit dabei waren. Neben einer Gesprächsrunde im Plenarsaal und einer Hausführung im Maximilianeum stand auch ein Besuch in der Staatskanzlei auf dem Programm. In zahlreichen guten Gesprächen konnten sich die Gäste so einen Eindruck über die täglichen Abläufe und die Arbeit des Landtages machen. Ich danke allen Teilnehmern für ihr Interesse und freue mich bereits auf die nächste gemeinsame Fahrt.

„Betrieb der Blindusa-Werkstatt muss langfristig gesichert werden!“



„Die Blindenwerkstatt Blindusa leistet seit Jahren einen großartigen Beitrag zur Integration von blinden und sehbehinderten Menschen in den ersten Arbeitsmarkt“, erklärte Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger bei der Besichtigung der neuen Räumlichkeiten in der Bozener Straße in Augsburg. „Ich freue mich, dass die Blindusa in engem Kontakt mit den zuständigen staatlichen Stellen steht und dort mit großem Engagement an einer langfristigen finanziellen Sicherung dieses bayernweit einzigartigen Projektes gearbeitet wird“, so Hintersberger weiter.

[Weiterlesen.](#)

Familienpakt Bayern



Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern haben Staatsregierung und der Bayerische Handwerkstag (BHT), der Bayerische Industrie- und Handelskammertag e.V. (BIHK) und die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. 2014 den "Familienpakt Bayern" geschlossen. Anfang September wurde in der Münchner Residenz der Startschuss für die Servicestelle gegeben.

"Familie und Beruf müssen gesellschaftlich gleich wertgeschätzt werden", forderte Arbeitsstaatssekretär Johannes Hintersberger. Er regte an, Besprechungstermine nicht auf den späten Abend zu verlegen und keinen Kult um Kernarbeitszeiten zu betreiben. "Das Kinderbetreuungsangebot ist die Basis für Familienfreundlichkeit", bekannte der Staatssekretär und kündigte einen Ausbau der Ganztagschulen und der Ferienbetreuung an: "Familien brauchen unsere tatkräftige Unterstützung."

Sozialministerin Emilia Müller hatte vorab erklärt: "Kernstück des Familienpakts ist die gemeinsame Servicestelle, um den Austausch und eine Ideenschmiede zwischen den engagierten Unternehmen und Verbänden bei der Umsetzung einer familienfreundlichen Personalpolitik zu ermöglichen. Mit Hilfe der Servicestelle werden wir Akteure und Initiativen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern zusammenführen und Ideen weiterentwickeln."

[Weiterlesen.](#)

Bild: Staatsempfang zum „Familienpakt Bayern“: Mit (v.l.) Peter Driessen (BIHK), Georg Schlagbauer (BHT), Prof. Irene Gerlach, Felix Hasse, Johannes Hintersberger und dem stellv. Geschäftsführer der PricewaterhouseCoopers AG, Michael Birlbauer (Quelle: StMAS)

Hintersberger im Gespräch mit den Freiwilligen-Agenturen Bayerns



Im Gespräch mit der Landesgeschäftsführerin der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen, Freiwilligen-Zentren und Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement in Bayern (Lagfa) e.V., Beatrix Hertle, dankte Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger für das besondere Engagement und den ehrenamtlichen Einsatz. "Gerade die aktuelle Flüchtlingsherausforderung wäre ohne die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer kaum zu stemmen", erklärte Hintersberger. "Menschen, die sich für andere stark machen und ehrenamtlich helfen, bilden den Kit, der unsere Gesellschaft zusammenhält."

Foto: Herrn Krell – Lagfa, Frau Rügemer – StMAS, Frau Hertle, Lagfa und Staatssekretär Hintersberger (Quelle: StMAS)

Start des Ausbildungsjahres



Noch viele freie Ausbildungsstellen – jeder verdient eine Chance

Zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres gibt es in Bayern noch fast 25.000 freie Ausbildungsstellen. Rein rechnerisch stehen damit für 100 unversorgte Bewerber 218 unbesetzte Berufsausbildungsstellen zur Verfügung. „Jugendliche haben in Bayern die besten Startchancen in das Berufsleben. Dennoch gelingt es nicht jedem, gleich einen passenden Ausbildungsplatz zu finden. Ich appelliere daher an die Betriebe, die noch freie Stellen haben, nicht nur nach den Olympioniken zu schauen. Auch diejenigen, die auf den ersten Blick schwächer sind, haben eine Chance verdient. Dabei unterstützen wir die Betriebe mit einem Zuschuss zu den Ausbildungskosten aus dem Programm Fit for Work. In diesem Jahr stellen wir dafür rund vier Millionen Euro zur Verfügung“, so Bayerns Arbeitsstaatssekretär Johannes Hintersberger.

[Weiterlesen.](#)

Arbeitsmarkt in Schwaben



„Schwabens Arbeitsmarkt ist robust – Erwerbstätigkeit weiter gestiegen“

„Der Arbeitsmarkt in Schwaben zeigt sich robust. Dies belegen die veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen. Die Arbeitslosenquote liegt mit 3,4 Prozent unter dem bayerischen Durchschnitt von 3,6 Prozent. Im August waren 34.713 Personen arbeitslos gemeldet“, erläuterte Bayerns Arbeitsstaatssekretär Johannes Hintersberger heute anlässlich der Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen und ergänzte: „Erfreulich ist auch, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Vorjahr weiter leicht gestiegen ist. Das ist ein gutes Signal für die Menschen in Schwaben. 2014 waren hier über 900.000 Menschen erwerbstätig.“

Grundsatzrede von Ministerpräsident Seehofer auf der Klausurtagung im Kloster Banz



Bayern befindet sich aufgrund des Flüchtlingsstroms in den vergangenen Wochen in einer absoluten Ausnahmesituation. Das kann so nicht bleiben. In seiner Grundsatzrede vor den CSU-Landtagsabgeordneten in Kloster Banz warnte Ministerpräsident Horst Seehofer, dass für Bayern bereits jetzt die Grenze seiner Leistungsfähigkeit erreicht sei. „Wir brauchen eine Begrenzung der Zuwanderung. Daran führt kein Weg vorbei“, sagte er. Die Politik sei nun in der Verantwortung, rasch zu entscheiden: „Ohne die kreative Kraft der Kommunen, ehrenamtlichen Helfer und der Behörden wäre das System längst zusammengebrochen.“ Zugleich lobte Seehofer die Linie von Fraktion und Bayerischer Staatsregierung in der Flüchtlingsfrage. „Die Einführung von Grenzkontrollen war ein wichtiges Signal, das ohne uns nicht erfolgt wäre. Wir müssen Recht und Ordnung an unseren Grenzen wieder zur Geltung bringen.“

„Anreize für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive müssen reduziert werden“, betonte Seehofer. So sprach sich der Ministerpräsident auch gegen eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge aus. Vor allem forderte er mehr Engagement vom Bund: Berlin dürfe Kommunen und Länder bei der Bewältigung der Flüchtlingsfrage nicht alleine lassen. Mehr Geld vom Bund sei dafür unabdingbar notwendig. Gleichzeitig brauchen wir jetzt ein entschlossenes Handeln, um die Asylverfahren zu beschleunigen und Asylmissbrauch abzustellen. „Wir wollen Recht und Ordnung in Europa wieder herstellen, Grenzen sichern, Zugänge kontrollieren, nur eine begrenzte Zahl von Flüchtlingen aufnehmen und ihnen am liebsten dort helfen, wo sie bereits in Sicherheit sind.“

Mit Blick auf die langfristige Integration von Asylbewerber mahnte der Ministerpräsident zur Bewahrung bayerischer Werte. Eine erfolgreiche Integration, so Seehofer, sei kein Treffen in der Mitte. „In Bayern hat Integration eine klare Richtung: das Bayerische muss erkennbar bleiben.“ Integration sei nicht nur ein theoretisches Konzept, sondern müsse auch in der Praxis Wirkung zeigen – und zwar „in Bezug auf die Anerkennung unseres Grundgesetzes, unserer Kultur und christlichen Prägung“. Dazu gehöre auch der Erwerb von Sprache und Bildung sowie die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt bestreiten können.

Resolution aus Kloster Banz: "Flüchtlingszustrom eindämmen, Schutzbedürftigen helfen"



Die CSU-Fraktion setzt in der Flüchtlingspolitik auf die Eindämmung der Flüchtlingsströme bei gleichzeitiger Hilfe für die Schutzbedürftigen. Dazu wurde in Kloster Banz eine Resolution verabschiedet. Im Kern sollen Recht und Ordnung in Europa wiederhergestellt, Zugänge kontrolliert und nur eine begrenzte Zahl von Flüchtlingen aufgenommen werden.

[Zur Resolution](#), in der wir folgende Forderungen aufgestellt haben:

1. Flüchtlingszustrom eindämmen
2. Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen!
3. Asylmissbrauch abstellen und Verfahren verbessern!
4. Europäische Verantwortung einfordern!
5. Bund und Länder in die Verantwortung nehmen!
6. Bleibeberechtigte Flüchtlinge integrieren!

Foto: Val Thoermer - Fotolia

Intersana 2015



Hintersberger besucht Gesundheitsmesse in Augsburg

Mit rund 300 Ausstellern hat die Intersana in den letzten Jahren eine tolle Entwicklung genommen. Ein besonderes Dankeschön gebührt der Messeleiterin Frau Schüler, die mit ihrem großartigen Engagement die Intersana kontinuierlich weiterentwickelt hat. Danke auch an die zahlreichen Selbsthilfegruppen, die in diesem Jahr mit einem Stand vertreten waren. Diese Expertise aus der alltäglichen Praxis macht die Intersana zu einem besonderen Messeerlebnis.

Johannes Hintersberger beim Stadtgespräch von A-TV



Johannes Hintersberger ist ein Augsburger Original. Seit Jahren hat er sich der Politik verschrieben und ist heute Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Mit Jan Klukkert sprach er über sein Leben und aktuelle Themen in Augsburg und dem Freistaat.

Die Aufzeichnung des Stadtgesprächs sehen Sie [hier](#).

Aktuelle Pressemeldungen

[Flucht ins Handwerk](#)

(Oberpfalz-Netz vom 24.10.2015)

[Eifern ums Welterbe](#)

(Augsburger Allgemeine vom 22.10.2015)

[Verschnaufpause bei jungen Flüchtlingen?](#)

(Augsburger Allgemeine vom 19.10.2015)

[Auszeichnung für Ljubow Hurlebaus](#)

(Main Post vom 18.10.2015)

[Ernst von Oppenauer geehrt](#)

(Merkur Online vom 15.10.2015)

[Freie Bahn auf der Umfahrung](#)

(Augsburger Allgemeine vom 05.10.2015)

[Die Chance durch motivierte junge Menschen](#)

(Augsburger Allgemeine vom 01.10.2015)

[Verwaltungsschule ist jetzt Akademie](#)

(Wasserburger Stimme vom 30.09.2015)

[Das Ziel: Wittislingen 3000](#)

(Augsburger Allgemeine vom 21.09.2015)

[Politische Herausforderungen Flucht und Asyl](#)

(Presse Augsburg vom 12.09.2015)

[Ein Appell verhallt teilweise ungehört](#)

(Augsburger Allgemeine vom 03.09.2015)

[Hauptthema Asylbewerber](#)

(Augsburger Allgemeine vom 22.08.2015)

[Herbstplärrer 2015 – das erste Fass Bier wurde angeschlagen](#)

(Presse Augsburg vom 20.08.2015)

["Alfred-Delp-Kaserne in Donauwörth wird Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber"](#)

(locally Onlinezeitung vom 13.08.2015)

[Donauwörth bekommt Erstaufnahme für 600 Flüchtlinge](#)

(Bayerischer Rundfunk vom 13.08.2015)

[Wohnen auf neun Quadratmetern](#)

(Stadtzeitung vom 10.08.2015)

[Die Woche im Landtag: Seehofers starke Staatsrätin](#)

(Die WELT vom 08.08.2015)

Service & Impressum